



NIEDERSCHRIFT

zu der

Sitzung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Zittau

Donnerstag, den 29.01.2015 17:00 Uhr

Bürgersaal im Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

**Name der/des leitenden Vorsitzenden:
Schriftführer/in:**

Arnd Voigt, Oberbürgermeister
Simone Weichenhain

Anwesend

CDU - Fraktion

Dietrich Glaubitz
Frank Härtelt
Andreas Johne
Oliver Johne
Frank Sieber
Gerd Witke
Thomas Zabel

Zittau kann mehr e.V. - Fraktion

Annekathrin Kluttig
Thomas Krusekopf
Thomas Schwitzky
Dorotty Szalma
Thomas Zenker

Die Linke. - Fraktion

Winfried Bruns
Ramona Gehring
Dr. Rainer Harbarth
Jens Thöricht

FUW/FDP - Fraktion

Sven Ehrig
Jörg Gullus
Dietrich Thiele

SPD/Bündnis 90/Die Grünen - Fraktion

Matthias Böhm
Rosemarie Hannemann
Klaus-Jürgen Zimmermann

Freie Bürger Zittau e.V.

Dr. Thomas Kurze
Andreas Mannschott

Bürgerbündnis i.G.

Antje Hiekisch
Torsten Hiekisch

Ortsbürgermeister

Wolfgang Lehmann
Bernd Müller
Christian Schäfer
Andreas Nietsch

Stadtverwaltung

Heike Barmeyer
Dr. Volker Beer
Nancy Brandt
Kerstin Buch
Matthias Frei
Kai Grebasch
Gunter Haymann
Gloria Heymann
Ines Hirt
Ralph Höhne
Birgit Kratzer
Petra Laksar-Modrok
Matthias Matthey
Thomas Mauermann
Uwe Pietschmann
Horst Schiermeyer
Wiepke Steudner
Dr. des. Marius Winzeler

Presse

Thomas Mielke

Gesellschaften

Birgit Kaiser
Uta-Sylke Standke
Sandra Tempel
Raik Urban

Anwesende Bürger: Ca. 60 Bürgerinnen und Bürger

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung
2. Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Anträge zur vorläufigen Tagesordnung und Bestätigung
4. Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 18.12.2014
5. Bericht des Oberbürgermeisters nach § 52 (4) SächsGemO
6. Präsentation der IHI-Studierenden zur Umfrage "Der Markt ist los" im Rahmen des Studienganges Projektmanagement
7. Beschluss über die Abwägung des Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. XXXV "Humboldt-Center Zittau" 217/2014/1
8. gegen 18:00 Uhr Anfragen der BürgerInnen
9. Information zur Wahl von drei Vertreterinnen/Vertretern von Vereinen und Wohlfahrtsverbänden in den Ausländerbeirat der Stadt Zittau 016/2015
10. Information zur Wahl von 2 Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Zittau in den Ausländerbeirat 017/2015
11. Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl in den Ausländerbeirat der Großen Kreisstadt Zittau
12. Wahl von drei Vertreterinnen/Vertretern von Vereinen und Wohlfahrtsverbänden in den Ausländerbeirat der Stadt Zittau
13. Wahl von zwei Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Zittau in den Ausländerbeirat
14. Beschluss zur Bestimmung der Anzahl der Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses für die Wahl des Oberbürgermeisters 2015 001/2015
15. Wahl der Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses für die Wahl zum Oberbürgermeister 2015 002/2015
16. 19.05 Uhr Pause
17. Beschluss zur Zustimmung zu der Bestellung von Grundpfandrechten am Erbbaurecht Rosenstraße 1 (Innerstädtische Kindertagesstätte), Flurstücke- Nr. 142, 168, 169, 170, 171, 172 der Gem. Zittau. 004/2015
18. Vergabebeschluss zur Veräußerung des Eigenheimgrundstückes Baderstraße 6, noch zu vermessende Teile aus den Flurstücken- Nr. 152, 153 und 1378/2 der Gem. Zittau, nach der öffentlichen Ausschreibung. 013/2015
19. Beschluss über die Bildung eines Beirates für "Kultur und Tourismus" 003/2015
20. Beschluss: Marktplatz Zittau für Wochenmarkt wieder freizugeben 012/2015
21. Beschluss über die Einrichtung einer Fraktionsseite im Zittauer Stadtanzeiger 007/2015
22. Beschluss zum Eintrag in das Goldene Buch des Sports der Großen Kreisstadt Zittau 019/2015
23. Beschluss über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen 006/2015
24. Informationsvorlage zur nachträglichen Anerkennung von geleisteten Arbeitsstunden bei der Freiwilligen Feuerwehr der Großen Kreisstadt Zittau 005/2015

- | | | |
|-------|--|----------|
| 25. | Information zum Stand Antragstellung Bund-Länder-Programm "Städtebaulicher Denkmalschutz" Programmjahr 2015-Fortsetzungsantrag | 008/2015 |
| 26. | Information zum Stand der Antragstellung Bund-Länder-Programm "Stadtumbau Ost" Programmjahr 2015-Fortsetzungsantrag | 009/2015 |
| 27. | Information zur Antragstellung Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" Programmjahr 2015-Fortsetzungsbericht | 010/2015 |
| 28. | Information zur Antragstellung Bund-Länder-Programm "Städtebauliche Erneuerung" Programmjahr 2015-Fortsetzungsbericht | 011/2015 |
| 29. | Anfragen der Stadträte | |
| 29.1. | Stadtrat Thöricht | |
| 29.2. | Stadtrat Thiele | |
| 29.3. | Stadtrat Zimmermann | |
| 29.4. | Stadtrat Johne | |
| 29.5. | Stadtrat Glaubitz | |
| 29.6. | Stadträtin Hannemann | |
| 29.7. | Stadtrat Zenker | |
| 29.8. | Stadtrat Böhm | |
| 29.9. | Stadtrat Zimmermann | |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|------------|--|
| 30. | Stundungen | |
|-----|------------|--|

1. Tagesordnungspunkt Eröffnung

OB Voigt begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Tagesordnungspunkt Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Einladung und Unterlagen zur Stadtratssitzung sind form- und fristgemäß zugegangen. Die Sitzung des Stadtrates wurde form- und fristgemäß einberufen.

Hierzu besteht kein Widerspruch.

Die Anwesenheit ergibt Beschlussfähigkeit. Es sind 26 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

3. Tagesordnungspunkt Anträge zur vorläufigen Tagesordnung und Bestätigung

OB Voigt zieht im Einvernehmen mit den Einreichern den „Beschluss zur Errichtung einer Fraktionsseite im Zittauer Stadtanzeiger“ (TOP 20) zurück. Des Weiteren nimmt er den TOP 17 „Vergabebeschluss zur Veräußerung des Eigenheimgrundstückes Baderstraße 6“ von der Tagesordnung.

Stadtrat Dr. Kurze erklärt, dass die Kandidatur für den Ausländerbeirat von Stadtrat Mannschott zurückgezogen wird.

Sonstige Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht, stellt OB Voigt fest.

Es gibt keinen Widerspruch zur veränderten Tagesordnung und somit ist diese einstimmig angenommen und bestätigt, erklärt OB Voigt.

4. Tagesordnungspunkt Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 18.12.2014

Die Niederschrift vom 18.12.2014 wird ohne Widerspruch einstimmig bestätigt und ist somit angenommen.

Für die heutige Protokollunterzeichnung werden Stadtrat Glaubitz und Stadtrat Schwitzky vorgeschlagen. Beide geben ihr Einverständnis.

5. Tagesordnungspunkt Bericht des Oberbürgermeisters nach § 52 (4) SächsGemO

1. Bürgerpreisverleihung

Am 16. Januar zeichnete die Bürgerstiftung „zivita“ bereits zum 10. Mal Menschen aus, die sich besonders beispielhaft im Ehrenamt für das Gemeinwohl einsetzen. Aus Zittau und unseren Ortschaften wurden 11 Bürgerinnen und Bürger mit einer Ehrenurkunde geehrt. Aus den Reihen der Stadträte erhielten diese: SR Klaus Zimmermann und SR Dietrich Thiele.

SR Thiele erhält heute diese Ehrenurkunde und das Präsent durch Herrn OB Voigt. SR Zimmermann war zur Veranstaltung persönlich anwesend.

Herzlichen Glückwunsch!

2. Projektgruppen des Städteverbundes

Der Städteverbund „Kleines Dreieck“ arbeitet seit 2001 grenzüberschreitend. Derzeit sind folgende Projektgruppen (7) aktiv

- PG Information/Präsentation (*Leitung H. Zimmermannova*)
- PG Sicherheit im Dreiländereck (*Leitung Präsident des Städteverbundes*)
- PG Gemeinsamer Entwicklungsplan/Investitionen/Wirtschaft (*Leitung G. Heymann*)
- PG Verkehr in der Dreiländerregion (*Leitung H. Kubiack*)
- PG Integrative Arbeit der Schulen (*Leitung J. Polacek*)
- PG Kultur/Sport (*Leitung Dr. Beer*)
- PG Zusammenarbeit von Vereinen/Verbänden (*Leitung I. Jarocka*).

In diesen arbeiten fachkompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der drei Stadtverwaltungen gemeinsam an konkreten Projekten. Dabei besteht auch für interessierte Stadträtinnen und Stadträte die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen. Die jeweiligen Projektgruppenleiter sowie die Lenkungsgruppenmitglieder entscheiden entsprechend Eignung der Interessenten über die endgültige Zusammensetzung der Projektgruppen.

Stadträtinnen und Stadträte, die gern in einer PG mitarbeiten möchten, melden sich bitte bis Ende Februar bei mir oder Frau Janyska, Mitarbeiterin für internationale Zusammenarbeit.

3. Schlagzeile in SZ v. 21.01.2015: „Zittaus OB findet Zigida in Ordnung“

Schlagzeilen (Überschriften) in der Zeitung sollen die Aufmerksamkeit eines Lesers auf einen Artikel lenken und ihn dazu animieren, den anschließenden Text zu lesen. Um mehr Aufmerksamkeit zu erzielen, wird von Seiten der Journalisten oft mit einer sprachlichen Zuspitzung gearbeitet. Dabei darf die Schlagzeile aber nicht den Inhalt des Artikels verfälschen.

Leider ist Herrn Mielke genau dies in der Ausgabe der SZ vom 21.1. mit der Schlagzeile „Zittaus OB findet Zigida in Ordnung“ nicht gelungen. Die Aussage der Titelzeile steht im Gegensatz zum Inhalt des Artikels. Außerdem habe ich eine derartige Aussage nie gemacht.

4. Cross-Triathlon Weltmeisterschaften

Für die Vorbereitung und Durchführung der Cross-Triathlon Weltmeisterschaften am Olbersdorfer See ist im Februar vergangenen Jahres durch den Stadtrat der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung beschlossen worden.

Sie finden heute in ihren Mappen eine vom Amt für Wirtschaft, Tourismus und Öffentlichkeitsarbeit zusammengestellte Präsentation zur Auswertung dieser Kooperation.

6. Tagesordnungspunkt

Präsentation der IHI-Studierenden zur Umfrage "Der Markt ist los" im Rahmen des Studienganges Projektmanagement

Die heute anwesenden Studentinnen Alina Ivanova, Valeriya Pak, Désirée Lüderitz und Monika Wagner stellen im Rahmen des Studienganges Projektmanagement anhand einer Power—Point-Präsentation das Projekt „Der Markt ist los“, eine umfassende Analyse und ihre Empfehlungen für die Entwicklung des Zittauer Marktes vor.

7. Tagesordnungspunkt

Beschluss über die Abwägung des Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. XXXV "Humboldt-Center Zittau"

Vorlage: 217/2014/1

Herr Matthey nimmt die Erläuterungen zur Beschlussvorlage vor.

Im Dezember war der Beschluss bereits auf der Tagesordnung, wurde aber in erster Lesung dann behandelt. In den vorgelagerten Gesprächen mit den Fraktionen wurde die Problematik ausführlich

dargestellt, die uns die Landesdirektion mit ihrer Stellungnahme aufgegeben hatte. In letzter Minute war im Dezember von der Landesdirektion die Aussage gekommen, dass eine ergänzende Stellungnahme an uns übermittelt wird. Daher konnte im Dezember kein Beschluss dazu gefasst werden. Es liegt nun die ergänzende Stellungnahme der Landesdirektion vor, die in der Abwägungstabelle unter Punkt 3 aufgeführt ist. Sie haben erklärt, dass sie mit beiden Abwägungsvarianten, die bereits im Dezember diskutiert worden sind, nicht einverstanden sind. Die Alternative bedeutet aber, wenn man diese Stellungnahme nicht weg wägen will, dass man sich von diesem Kompromiss mit dem Vorhabenträger verabschieden muss. Der Stadtrat hatte sich aber bewusst für den Kompromiss mit der Billigung des Entwurfes entschieden und deswegen müssen wir nach Möglichkeiten suchen, diese kritische Stellungnahme abzuwägen. Es geht hier um einen einzigen kritischen Punkt: Die Landesdirektion sagt, unsere Änderung des Bebauungsplanes Humboldt-Center stimmt nicht mit dem Landesentwicklungsplan überein und zwar mit dem Ziel des Landesentwicklungsplanes, dass die Ansiedlung, Erweiterung oder wesentliche Änderung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen nur in zentralen Versorgungsbereichen zulässig ist. Richtig ist, dass es sich hier um eine wesentliche Änderung handelt. Wir haben hier eine wesentliche Änderung und zwar eine wesentliche Verkleinerung der zentrenrelevanten Verkaufsflächen. Bisher ist in dem Bebauungsplan, der dort seit Anfang der 90er Jahre gilt, keinerlei Einschränkung der Sortimente vorgesehen. Das heißt, in der gesamten Verkaufsfläche von ca. 13.000 m² sind zentrenrelevante Sortimente zulässig. Sie könnten nach bisherige Rechtslage, den Baumarkt rausnehmen und auf der gesamten Fläche Drogerien, Textil usw., was in der Innenstadt präferiert wird, ansiedeln. Wir sagen aber mit dieser Änderung, dass sie diese Sortimente nicht mehr auf der gesamten Fläche ansiedeln dürfen, sondern nur noch auf ca. der Hälfte (7340 m²) zulässig sind. Das ist also eine ganz starke Einschränkung für den Betreiber im Vergleich zu der bisherigen Rechtslage. Die favorisierte Abwägungsvariante, die hier heute vorgeschlagen wird, stimmt die Landesdirektion nicht zu.

Der TVA stimmte mit 4:1:1 der Vorlage zu, erklärt OB Voigt. Es gab einen Änderungsantrag im TVA, der heute ebenfalls auf der Tagesordnung ist. Im TVA wurde dieser aber abgelehnt.

Stadtrat Mannschott fragt, ob die Landesdirektion sich dazu geäußert hat, ob sie dann auch für die Folgekosten aufkommen wollen. Man hat jetzt ja nur die Möglichkeit, zwischen Baum und Borke zu entscheiden. Da ist es ihm lieber, dass eine Entscheidung für den Markt, für die Mitarbeiter und für die Erhaltung der Arbeitsplätze, bei möglicher Sicherung der Arbeitsplätze in der Innenstadt, getroffen wird. Er würde gegen den Landesentwicklungsplan verstoßen und für unsere Entwicklung in der Stadt Zittau stimmen. Er bittet, dass alle Stadträte heute hierzu ein eindeutiges Votum dazu abgeben.

Stadtrat Thiele möchte, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im REWE-Centrum endlich Rechtssicherheit haben. Sie sind sehr verunsichert und unglücklich über den Zustand. Es muss endlich einen Endpunkt geben, damit die Leute wissen, wie die endgültige Entscheidung ist. Letztendlich kann der Investor tun und lassen, was er will, wenn wir diesem Konzept nicht zustimmen. Natürlich weiß man, dass es für die Innenstadt nicht unbedingt gut ist, aber, die Fehler, die 1990 gemacht worden sind, können wir einfach nicht reparieren. Er wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Böhm erklärt, dass sich seine Fraktion weiterhin ablehnend gegenüber dieser Beschlussvorlage positioniert. Sie begrüßen allerdings, dass die Stadtverwaltung die begriffliche Klarstellung im Einzelhandelskonzept zurückgezogen hat. Die ergänzende Stellungnahme der Landesdirektion beinhaltet einige fachliche Fehler, trotzdem wurde hier eine Stellungnahme mit einem gesunden Menschenverstand abgegeben. Wir müssen hier handeln, um unsere Innenstadt zu beleben und attraktiver zu machen. Wir haben als Stadt dazu auch ein entsprechendes Instrumentarium auf dem Weg gebracht, einen Bebauungsplan zur Stärkung der Einzelinnenstadt. Wenn man diese ganzen Aspekte ernst nehmen will, dann kann man einfach nicht dieser Beschlussvorlage zum Humboldt-Center zustimmen. Des Weiteren hatte man schon einmal darauf hingewiesen, dass unser städtebauliches Entwicklungskonzept für den Bereich um das Humboldt-Center herum langfristig einen Rückbau vorsieht. Was durchaus auch sinnvoll ist, dass man sich unter den demografischen Entwicklungen von außen nach innen entwickeln. Nicht zuletzt eine Kostenfragen: Das Vorhalten von Infrastruktur, z. B., Wasser, Abwasser, ÖPNV in immer disperser werdenden Strukturen wird uns über Kurz oder Lang auf die Füße fallen. Er findet es nicht in Ordnung, dass hier einseitig darauf abgespielt wird, ob hier Arbeitsplätze vernichtet werden oder gerettet werden. Wir haben als Stadträtinnen und Stadträte einen Eid geschworen, dass wir uns für das Wohl der gesamten Stadt einsetzen. Das sollte man hier im Auge behalten und wenn man dies ernsthaft verfolgen möchte, dann kann man diesem Bebauungsplanentwurf nicht zustimmen.

OB Voigt unterbricht den Tagesordnungspunkt. Es ist 18.00 Uhr: Bürgerfragestunde.

8. Tagesordnungspunkt

Anfragen der BürgerInnen

Jan Heidrich, Schüler der Burgteichschule Klasse 9 und Mitglied des Kinder- und Jugendparlamentes Neiße, stellt die Frage an die Stadträtinnen und Stadträte: Gibt es von den hier anwesenden Stadträten jemanden der Mut hat, sich heute schon für den seit Jahren geplanten Umzug unserer Burgteichschule in die Schliebenschule zu äußern?

Stadtrat Zabel erklärt, dass alle Stadträte daran gehalten sind, die Summe aller zu berücksichtigenden Dinge zur Kenntnis zu nehmen. Insofern verbietet es sich jetzt, außer einer populistischen Darstellung, die der Beschlusslage entsprechen würde, sich zu äußern. Man kann nicht in die Öffentlichkeit hinein eine Hoffnung wecken, die nachher, aus welchen Gründen auch immer, in welche Richtung der Beteiligten, erfüllt werden kann. Insofern wäre es eine unsachliche Stellungnahme und man kann nur sagen: Wir haben das Anliegen zur Kenntnis genommen. Die Grundeinstellung ist die Beschlusslage. Wir können nur das bewerten, was zur Beschlusslage vorgelegt wird. Da fehlt es jetzt noch an der Sachlichkeit und den Inhalten.

Die Grundlage zu einer sachgerechten Entscheidung wird gegenwärtig durch die Verwaltung vorbereitet und kommt in den Geschäftsgang im Monat März, erklärt OB Voigt.

Stadtrat Zenker war bereits in der Burgteichschule. Er hatte bereits dort gesagt und kann Stadtrat Zabel nur zustimmen, dass es keine einfache Entscheidung ist und man wird es sich auch nicht einfach machen. Im Moment gibt es für die Entscheidung keine Grundlagen. Es gibt eine Aussage aus der Verwaltung. Wir sind gehalten, der Verwaltung zuzuhören und das ist auch unsere Aufgabe. Wir sind gehalten, die Argumente der Verwaltung zu prüfen. Aus diesem Grund kann er Stadtrat Zabel nur zustimmen.

Stadtrat Dr. Harbarth glaubt, dass man all dem hier zustimmen kann, aber eins darf man nicht vergessen: Wir haben 2012 einen Beschluss gefasst und an den haben wir uns zu halten, es sei denn, es gibt schwerwiegende Bedenken, die diesen Beschluss umstoßen. Alles andere ist Strohfeuer und gibt keinen Sinn. Er ist dafür, dass man sich an den Beschluss hält.

Stadtrat Hiekisch äußert ebenfalls, dass es einen Beschluss gibt. Bis jetzt hat es die Stadtverwaltung vermissen lassen, auch nur einen einzigen Grund den Stadträten in die Hand zu geben, warum akut gehandelt werden muss. Solange hier keine andere Sach- und Faktenlage da ist, steht für das Bürgerbündnis im Stadtrat fest, wird es einen Umzug der Burgteichschule in die Schliebenschule geben.

Stadtrat Dr. Kurze kann Stadtrat Zabel nicht so ganz folgen, wenn man seine Meinung zu der Angelegenheit kundtun möchte, betrachtet er dies durchaus nicht als populistisch. Es ist bereits von den Vorrednern gesagt worden: Es gibt eine Beschlusslage. Die Sachlage wurde durch Frau Kushmann erläutert. Mit Herrn Höhne wurde über die Angelegenheit gesprochen. Gegenwärtig sind wir als Freie Bürger Zittau noch nicht umgestimmt, dass die Burgteichschule nicht in die Schliebenschule zieht. Da muss noch etwas ganz gravierendes kommen. Ansonsten werden sie eindeutig für die Schüler und Lehrer stimmen, die sich da so vorbereitet haben.

Stadtrat Thiele kann alle verstehen. Trotzdem müsse man erst die Beschlussvorlage sehen, um dann über das Für und Wider abzuwägen. Seine Fraktion ist sich jetzt schon einige, dass sie der Burgteichschule die Schliebenschule zukommen lassen.

Stadtrat Zimmermann erklärt, dass es eine Schulkonzeption gibt. Es gibt eine Beschlusslage, wo man in der Vergangenheit davon ausgegangen ist, dass die Burgteichschule in das Schlieben-Schulzentrum umziehen wird. Relativ plötzlich kamen diese Information und die entsprechenden Artikel in der Zeitung. Er hat dazu Stellung genommen und einen Leserbrief verfasst. Er hat darin betont, dass er es nicht in Ordnung findet, dass man so mit Menschen umgeht.

Stadtrat Thöricht hatte sich bereits gegenüber Frau Kushmann vor der Sitzung geäußert und hat auch an die Fraktionsvorsitzenden geschrieben. Er möchte zunächst eine Grundlage für eine Entscheidung haben. Die Grundlage kann so aussehen und dies war sein Vorschlag, dass die Mitglieder des TVA und weitere interessierte Stadtratsmitglieder zu jeweils einen Termin in die

Park- und Burgteichschule eingeladen werden. Bei diesem Termin werden die baulichen und technischen Mängel durch die Verwaltung dargestellt und sichtbar gemacht. Als nächsten Punkt hätte er gern sämtliche Beschlüsse, die in diesem Zusammenhang gefasst worden sind. Sie sollen alle Stadträte zur Verfügung gestellt bekommen.

Die Verwaltung wird eine Vorlage vorlegen, wonach Sie sach- und fachgerecht entscheiden können, ergänzt OB Voigt.

Stadträtin Szalma erklärt, dass, wenn es um die Sicherheit von Kindern geht, dann muss die Sicherheit vorgehen. Dann geht es nicht mehr um populäre Entscheidungen, sondern um Wissen um die Zukunft. Da geht es nicht mehr um Fraktionen, sondern um Menschen. Ob diese Sicherheitsfragen tatsächlich Bestand haben, das muss man überprüfen.

Stadträtin Kluttig schließt sich dem an, dass man erst alle Informationen einholen muss, um dann sachlich abzuwägen. Sie bittet aber darum, um für die Beteiligten aus der Burgteichschule, die sehr unangenehme Situation möglichst schnell aufzulösen, die Entscheidung möglicherweise in die Februar Stadtratssitzung aufzunehmen, wenn es zu schaffen ist. Ein weiteres Argument dafür hat Frau Kushmann erklärt: Sie fürchtet, möglicherweise zu Recht, eine Schmälerung bei den Bewerbungen von Schülern. Diese Bewerbungsphase läuft vom 25.02 bis 06.03.2015.

Von Seiten der Verwaltung ist vorgesehen im Monat Februar in den nichtöffentlichen Ausschüssen die Vorlage bereits zu bearbeiten und zu diskutieren, informiert OB Voigt. Je nachdem, wie es in den Ausschüssen läuft, kann durch die Stadträte entschieden werden, eine Entscheidung im Stadtrat Februar herbeizuführen. Der Geschäftsgang beginnt im Monat Februar, späteste Entscheidung im Monat März.

Stadtrat Johne wiederholt, dass es eine eindeutige Beschlusslage gibt und diese ist bisher noch nicht geändert worden. Wir, als Stadträte, müssen eine sachlich begründete Entscheidung treffen. Man will auch nicht eine Schule gegen eine andere ausspielen. Man weiß auch, dass es zwischenzeitlich eine hoch emotionale Angelegenheit geworden ist. Wir wollen aber die sachgerechte Entscheidung treffen. Unter Druck setzen zu lassen, ist in diesem Fall nicht das Ideale. Wir sind auf alle Fälle bisher an die Beschlusslage gebunden und bis jetzt liegt nichts vor, was dazu führen sollte, dass wir es ändern. Dies kann erst erfolgen, wenn die Stadtverwaltung die entsprechenden Unterlagen beigebracht hat und solange muss auf eine Entscheidung gewartet werden. So Leid es auch tut.

Frau Kushmann, Direktorin der Burgteichschule, stellt folgende Frage und bezieht sich dabei auf das beschlossene Sportstättenkonzept von 2012. Darin steht eindeutig, Abbau des Gebäudes der Burgteichschule und Abbau/Abriss der Turnhalle. Bei künftiger Schließung steht, dass es die ehemalige Burgteichschule ist. Haben diese Beschlüsse heute noch Gültigkeit?

Die haben heute noch Gültigkeit, solange sie durch den Stadtrat nicht geändert werden, antwortet OB Voigt. Konzepte können auch Änderungen unterliegen. Das wird die Verwaltung jetzt tun. Sie wird dem Stadtrat eine umfassende Vorlage vorlegen, wo sach- und fachgerecht abgewogen werden kann und dann die Entscheidung getroffen werden kann.

Frau Renate Weber aus Zittau hat folgende Fragen:

Die erste Frage ist im Auftrag der „Besseren Mitte für Zittau“: Kann die AVW Immobilien AG ohne Zustimmung der Stadträte, das Projekt einem anderen Investor übergeben?

Herr Schiermeyer antwortet: Das kann der Investor so einfach nicht. Das bedarf der Zustimmung der Stadt und auch des Stadtrates. Dazu braucht es also einen Stadtratsbeschluss.

Die zweite Frage im Auftrag eines Anwohners von Herrn Hans Goldberg: Es gibt innerhalb der Straßen Mandauer Berg, Zeichenstraße, Grüne Straße, Rosenstraße, Breite Straße, Amalienstraße für die Anwohner keine Einkaufsmöglichkeit. Ist es geplant, dort irgendwie eine Möglichkeit zu schaffen, dass die Menschen einkaufen gehen können?

Für die Innenstadt ist im Bereich Albertstraße vorgesehen, ein derartiges Angebot, wo Lebensmittel eingekauft werden können, zu schaffen, antwortet OB Voigt darauf.

Herr Nestler ist Vorsitzender des Vereins „Freunde der Mandaukaserene Zittau e.V.“ und fragt, ob die Möglichkeit besteht, dass sich der Verein in einem leerstehenden Schaufenster in der Innenstadt präsentieren könnte?

Frau Heymann schlägt vor, dass Herr Nestler mit ihr in Kontakt tritt, um ein geeignetes Schaufenster zu finden.

Weitere Bürgeranfragen gibt es nicht und der Tagesordnungspunkt 7 wird fortgesetzt, erklärt OB Voigt. Die Diskussion zum TOP 7 geht weiter.

Herr Schiermeyer erläutert als Justiziar die rechtliche Bewertung der Planung. Das Fazit ist, dass die Rechtslage hier nicht so eindeutig ist, eben weil es keine Rechtsprechung gibt und die Rechtslage sehr verzwickelt ist. In diesem Fall kann man keine eindeutige Auskunft geben.

Stadtrat Hiekisch fragt, ist die Landesdirektion berechtigt, diesen Beschluss wieder aufzuheben? Wer übernimmt dann die Rechtskosten bzw. die Dinge, die daraus rechtlich entstehen können?

Herr Schiermeyer antwortet. Auch dies ist geprüft worden, wie der Gang dann wäre. Praktisch würde das Referat Raumordnung der Landesdirektion sich an das Bereich Kommunalaufsicht wenden und würde sagen: „Die Stadt Zittau verstößt ihrer Auffassung nach mit diesem Plan gegen geltendes Recht.“ Die Kommunalaufsicht würde es prüfen und könnte theoretisch diesen Beschluss beanstanden. Diese Beanstandung könnten wir dann wiederum anfechten, gegebenenfalls auch dagegen klagen. Welche Zeitdauer dies betragen würde, kann man nicht einschätzen.

Stadtrat Johne denkt, dass in dieser Angelegenheit endlich Klarheit geschaffen werden sollte und eine Entscheidung gefällt werden muss. Der REWE-Markt ist der älteste, der hier beschlossen wurde. Er wurde damals auf den dringenden Druck der Bürgerschaft beschlossen. Dass dort damals keine Sortimentsbeschränkungen rein gekommen sind, ist der damaligen Zeit geschuldet. Das war alles einmal anders. Er denkt, der Kompromiss, der jetzt gefundenen worden ist, wird von seiner Fraktion getragen. Einen Bürger zu erklären, wie das alles zusammenhängt und welche Möglichkeiten sich daraus ergeben, das ist fast unmöglich. Der Beschluss sollte so gefasst werden. Das Risiko in dem Sinne, dass er angefochten wird, was er aber nicht glaubt, sollte eingegangen werden.

Stadtrat Dr. Harbarth erklärt, dass sich seine Fraktion seit November/Dezember mit der Problematik beschäftigt hat. Er wurde vereidigt, Schaden von dieser Stadt abzuwenden. Der Schaden liegt im Augenblick im finanziellen Bereich, natürlich auch in vielen anderen Dingen. Alles, was damals beschlossen wurde, holt uns jetzt wieder ein. Eins ist für ihn und seine Fraktion eindeutig, wenn man entscheiden kann zwischen dem Bestand, der existiert oder einen B-Plan, der eine Änderungssperre festlegt oder einen Kompromiss zwischen dem Anbieter und der Stadtverwaltung, scheint das Letztere das sinnvollste zu sein. Deshalb werden sie diesem Beschluss zustimmen.

Stadtrat Zenker erklärt, dass sie es sich in ihrer Entscheidung nicht leicht gemacht haben. Es fällt immer noch schwer, eine einhellige Meinung zu finden. Intensiv wurde sich dazu, auch mit dem Stadtplanungsamt, beraten. Sie wissen genau, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedrückt. Er findet es auch als sehr schwierig, wenn es so auf diese eine Ebene gebracht wird. In Bezug auf Stadtrat Johne und Stadtrat Dr. Harbarth maß sich keiner von seiner Fraktion an, die Fehler von damals ihnen vorzuwerfen. Jeder weiß, was damals für eine Euphorie herrschte. Heute weiß man, dass es für die Innenstadt eine Gefahr darstellt. Auf der anderen Seite weiß man aber, dass es ein funktionierendes Center ist, was von den Bürgern der Stadt, aber auch den Gästen, sehr gern genutzt wird. Aus diesem Grund wird sich die Mehrheit seiner Fraktion dafür entscheiden, vor allem vor dem Hintergrund, dass man nicht weiß, wie Herr Schiermeyer dargelegt hat, was daraus entstehen wird.

Stadtrat Gullus erklärt, dass das Problem daran ist, dass man sich vorgenommen hat, die Innenstadt zu stärken und zu schützen. Das man gesagt hat, man will den Handel in der Innenstadt stärken. Was ihm an der ganzen Sache stört ist, dass ein privater Investor es immer wieder schafft, bestimmte Dinge aufzuwerten, neue Geschäfte zu gestalten, neue Mieter zu finden. Es ist das Problem, dass in der Stadt immer mehr Geschäfte geschlossen werden und andere schaffen es immer wieder, ihre Gebäude und Objekte aufzuwerten. Wenn er heute dagegen stimmt, ist es ein Zeichen dafür, dass er mit der Politik der Stadt, die Geschäfte und die Händler in der Stadt zu vernachlässigen, nicht einverstanden ist. Die Wirtschaftsförderung hat sich noch nie darum bemüht, sichtbar für die Händler und Gewerbetreibenden, neue Geschäfte in die Stadt zu ziehen, die Aufwertung in der Stadt zu finden, die private Händler in der Außenstadt immer wieder finden. Warum schafft es die Stadt mit der Wirtschaftsförderung und dem Marketingmanager nicht, dieses hinzubekommen, was andere private Investoren immer wieder schaffen? Das kann man nicht verstehen.

Die Diskussion zur Beschlussvorlage ist beendet, erklärt OB Voigt. Es gibt einen Änderungsantrag der Fraktion SPD/Bündnis 90/Die Grünen. Dieser wurde bereits im TVA behandelt und abgelehnt. Dieser Änderungsantrag liegt allen Stadträten vor.

Stadtrat Böhm erläutert und begründet den Änderungsantrag. Dieser ist Anlage 1 des Protokolls. Der vorliegende Änderungsantrag ist als kleine Maßnahme zu verstehen, die befürchteten negativen Auswirkungen dieses Bebauungsplanentwurfes für die Innenstadt wenigstens ein bisschen abzumildern. Folgender Änderungsantrag bei der Abwägung zum Punkt Apotheken wird vorgeschlagen: „Dem Argument wird grundsätzlich gefolgt. Mit dem Vorhabenträger wird im Zusammenhang mit dem noch erforderlichen Vertrag zur VEP-Änderung eine Beschränkung der Sortimente diskutiert und ein Ausschluss des Handelstyps „Apotheke“ im Vertrag verankert.“

Stadtrat Johne spricht sich gegen den Antrag aus. Sie wollten von der Stadt Schaden abwenden, aber wollen dem Beschluss nicht zustimmen. Man hat Nullveranlassung auf eine Änderung einzugehen. Er denkt, die Frage, ob die Apotheke dort rein kommt oder nicht kann jeder Unternehmer selber tragen. Seine Fraktion lehnt es ab.

Stadtrat Hiekisch fragt: Ist außer den zwei Einwendungen von nicht Fachleuten dieser Änderungsantrag mit Ärzten und Apothekern besprochen worden?

Stadtrat Böhm erklärt, dass dieser Änderungsantrag nicht mit diesem Personenkreis besprochen worden ist.

Es besteht kein Diskussionsbedarf mehr und OB Voigt lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Mit 3:23:1 ist der Antrag abgelehnt, stellt OB Voigt fest.

Es besteht kein Diskussionsbedarf zur Beschlussvorlage mehr und OB Voigt lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Beschluss über die Abwägung des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. XXXV „Humboldt-Center“

Die vorgebrachten Hinweise, Bedenken und Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit (18.06.2014 bis 18.07.2014) nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden (Anschreiben 28.05.2014) nach § 4 Abs. 2 BauGB am Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. XXXV „Humboldt-Center Zittau“, bestehend aus

- der Planzeichnung (Teil A) in der Planfassung vom 07.05.2014
- den Textlichen Festsetzungen (Teil B) in der Fassung vom 22.05.2014
- der Begründung in der Fassung vom 22.05.2014

hat der Stadtrat mit folgendem Ergebnis geprüft:

Siehe Anlage 1 Seiten 1 - 32

Die Bürger sowie Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Bedenken und Anregungen erhoben haben, sind von diesem Ergebnis in Kenntnis zu setzen.

Abstimmung:

**Ja 22 Nein 4 Enthaltung 1
Der Beschluss ist: mehrheitlich beschlossen.**

9. Tagesordnungspunkt

**Information zur Wahl von drei Vertreterinnen/Vertretern von Vereinen und Wohlfahrtsverbänden in den Ausländerbeirat der Stadt Zittau
Vorlage: 016/2015**

Frau Laksar-Modrok erläutert und stellt die Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Wohlfahrtsverbänden vor. Es liegen vier Vorschläge vor:

Frau Anett Seeliger

Eine – Welt e.V. Zittau
Reichenbergerstr. 56

02763 Zittau

Herr Jan Lange
Oberlausitzer Tafel e.V.
Görlitzer Straße 24.
02763 Zittau

Frau Elisa Asamoah
„projekTTheater Zittau e.V.“
Äußere Weberstrasse
02763 Zittau

Herr Sebastian Heins
Freiraum Zittau e.V.
Innere Weberstr. 16
02763 Zittau

10. Tagesordnungspunkt
Information zur Wahl von 2 Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Zittau in den
A u s l ä n d e r b e i r a t
Vorlage: 017/2015

Frau Laksar-Modrok informiert über die vorliegenden Wahlvorschläge:

Herr Thomas Zabel	CDU
Frau Dorotty Szalma	„Zittau kann mehr“
Herr Dr. Thomas Kurze	Freie Bürger Zittau e.V.

11. Tagesordnungspunkt
Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl in den Ausländerbeirat der
Großen Kreisstadt Zittau

Alle Kandidaten sind anwesend und erheben sich kurz persönlich von ihren Plätzen beim Aufruf ihres Namens.

12. Tagesordnungspunkt
Wahl von drei Vertreterinnen/Vertretern von Vereinen und Wohlfahrtsverbänden in den
Ausländerbeirat der Stadt Zittau

OB Voigt schlägt als Stimmzählkommission Herrn Haymann und Herrn Pietschmann vor. Hierzu besteht kein Widerspruch!

Die Stimmzettel werden ausgegeben. Die Wahlkabinen sind zu benutzen, verweist Herr Mauermann. Jeder Stadtrat hat drei Stimmen.

Das Wahlergebnis wird durch Herrn OB Voigt bekannt gegeben:

27 gültige Stimmen davon entfielen	
Frau Anett Seeliger	- 22 Stimmen
Frau Elisa Asamoah	- 18 Stimmen
Herr Sebastian Heins	- 18 Stimmen.
Herr Jan Lange	- 15 Stimmen.

Stadtrat Zenker möchte sich an dieser Stelle bei Herrn Jan Lange für seine aktive Arbeit im Ausländerbeirat bedanken.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau hat gem. §2 Abs. 4b der Satzung des Ausländerbeirates folgende drei Vertreterinnen/Vertreter von Vereinen und Wohlfahrtsverbänden in den Ausländerbeirat der Stadt Zittau gewählt:

Frau Anett Seeliger - Eine-Welt e.V. Zittau)
Frau Elisa Asamoah - projektTTheater Zittau e.V.
Herr Sebastian Heins - Freiraum Zittau e.V.

13. Tagesordnungspunkt **Wahl von zwei Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Zittau in den Ausländerbeirat**

Die Stimmzettel werden ausgegeben. Die Wahlkabinen sind zu benutzen. Jeder Stadtrat hat eine Stimme. Die Auswertung erfolgt nach Hare Niemeyer.

Das Wahlergebnis wird durch Herrn OB Voigt bekannt gegeben:

27 gültige Stimmen, davon entfielen
Herr Thomas Zabel (CDU) - 10 Stimmen
Frau Dorotty Szalma - 9 Stimmen
Herr Dr. Thomas Kurze - 8 Stimmen.

Am Dienst war die Wahl der Menschen mit Migrationshintergrund. Durch Frau Laksar-Modrok wird das Wahlergebnis bekannt gegeben:

1. Abuazizeh, Mohd A M Jordanien
2. Smith, Rebecca USA
3. Francisco, José Deutsch (früher Mosambik)
4. Alzadehfard, Hosein Iran

Ausländische Vertretung der Hochschulen in Zittau
Abdurasul, Saydaliev Usbekistan

Alle Gewählten sind persönlich anwesend. Herzlichen Glückwunsch, sagt OB Voigt.

Der Ausländerbeirat wird sich in den nächsten Tagen zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenfinden. Aus der Mitte des Beirates wird dann die/der Vorsitzende gewählt.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau hat gemäß §2 Abs. 4a der Satzung des Ausländerbeirates folgende zwei Mitglieder des Stadtrates in den Ausländerbeirat der Stadt Zittau:

Stadtrat Thomas Zabel - CDU
Stadträtin Dorotty Szalma - ZKM e.V.

14. Tagesordnungspunkt **Beschluss zur Bestimmung der Anzahl der Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses für die Wahl des Oberbürgermeisters 2015** **Vorlage: 001/2015**

Herr Mauermann erläutert die Beschlussvorlage.

Es besteht kein Diskussionsbedarf und OB Voigt stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt, 6 Beisitzer in den Gemeindevwahlausschuss zur Leitung und Kontrolle der Wahl, Zulassung der Wahlvorschläge und Feststellung des Wahlergebnisses der Wahl zum Oberbürgermeister am 7. Juni 2015 (28. Juni 2015) zu wählen.

Abstimmung:

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.

15. Tagesordnungspunkt

Wahl der Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses für die Wahl zum Oberbürgermeister
2 0 1 5
Vorlage: 002/2015

Herr Mauermann nimmt die Erläuterungen zur Beschlussvorlage vor.
Entsprechend Sächsischer Gemeindeordnung besteht die Möglichkeit, dass man sich auf diese Zusammensetzung im Einigungsverfahren verständigt. Wenn alle damit einverstanden sind, kann der einzelne Wahlprozess entfallen.

Herr Mauermann stellt die Frage: Können Sie sich auf diese Zusammensetzung des Gemeindevwahlausschusses einigen?

Hierzu besteht kein Widerspruch, stellt OB Voigt fest.

Demzufolge ist der vorliegende Gemeindevwahlausschuss zuständig für die Wahl zum Oberbürgermeister am 7. Juni 2015 sowie für einen eventuellen notwendig werdenden 2. Wahlgang am 28. Juni 2015, ergänzt Herr Mauermann. Er informiert, dass mit dem Stadtanzeiger am 10. Februar die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen erfolgt. Ab diesen Tag können Wahlvorschläge beim Vorsitzenden des Gemeindevwahlausschusses eingereicht werden. Die Laufzeit der Bewerbung geht bis zum Montag, den 11. Mai 2015, 18.00 Uhr. Der Gemeindevwahlausschuss wird dann unmittelbar darauf tagen, um die Wahlvorschläge entsprechend zuzulassen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau hat sich einstimmig auf die nachfolgende Zusammensetzung des Gemeindevwahlausschusses für die Wahl des OB am 7. Juni 2015 sowie für einen eventuellen notwendig werdenden 2. Wahlgang am 28. Juni 2015 geeinigt.

Vorsitzender:	Thomas Mauermann (Hauptdezernent)
Stellvertretender Vorsitzender:	Edgar Juschkeit (Fachkraft f. Arbeitssicherheit)
1. Beisitzer:	Gerald Loos , Zittau
Stellvertretender 1. Beisitzer:	Michael Meaubert , Zittau
2. Beisitzer:	Hans Dieter Saar , Zittau
Stellvertretender 2. Beisitzer:	Irmgard Puffe , Zittau
3. Beisitzer:	Dr. Rainer Harbarth , Zittau
Stellvertretender 3. Beisitzer:	Hans-Jürgen Modrok , Leiter Allg. Verwaltung
4. Beisitzer:	Dietrich Thiele , Zittau
Stellvertretende 4. Beisitzerin:	Susann Misera , Sekretariat HD
5. Beisitzer:	Christian Lange , Zittau
Stellvertretende 5. Beisitzerin:	Rosemarie Hannemann , Zittau
6. Beisitzer:	Thorsten Walkstein , Zittau
Stellvertretende 6. Beisitzerin:	Gudrun Hofmann , Zittau

Abstimmung:

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0

Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.

**16. Tagesordnungspunkt
19.05 Uhr Pause**

Der Stadtrat tritt in eine Pause von 20 Minuten ein.

**17. Tagesordnungspunkt
Beschluss zur Zustimmung zu der Bestellung von Grundpfandrechten am Erbbaurecht
Rosenstraße 1 (Innerstädtische Kindertagesstätte), Flurstücke- Nr. 142, 168, 169, 170,
171, 172 der Gem. Zittau.
Vorlage: 004/2015**

Der VFA stimmte mit 13:0:0 der Vorlage zu.

Frau Barmeyer nimmt die Erläuterungen zur Beschlussvorlage vor.
Es besteht kein Diskussionsbedarf und OB Voigt lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt, der Belastung des Erbbaurechtes am Grundstück Rosenstraße 1, Flurstücke-Nr. 142, 168, 169, 170, 171 und 172 der Gem. Zittau und der Eintragung von Grundschulden in das Erbbau-Grundbuchblatt von Zittau 7478

1. mit einer Grundschuld in Höhe von 388.800,00 Euro nebst Zinsen für den Freistaat Sachsen, Sächsische Aufbaubank – Förderbank - mit Sitz in Dresden (Urkunde- Nr. 2154/2014 des Notar Hofmann in Zittau)
2. mit einer Grundschuld in Höhe von 400.000,00 Euro nebst Zinsen für die Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft mit Sitz in Berlin (Urkunde- Nr. 2279/2014 des Notar Hofmann in Zittau)

und

3. mit einer Grundschuld in Höhe von 207.125,00 Euro nebst Zinsen für die Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft mit Sitz in Berlin (Urkunde-Nr. 2280/2014 des Notar Hofmann in Zittau)

zuzustimmen.

Abstimmung:

**Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

**18. Tagesordnungspunkt
Vergabebeschluss zur Veräußerung des Eigenheimgrundstückes Baderstraße 6, noch zu
vermessende Teile aus den Flurstücken- Nr. 152, 153 und 1378/2 der Gem. Zittau, nach
der öffentlichen Ausschreibung.
Vorlage: 013/2015**

Der Beschluss ist von der Tagesordnung zurückgezogen.

**19. Tagesordnungspunkt
Beschluss über die Bildung eines Beirates für "Kultur und Tourismus"
Vorlage: 003/2015**

Der VFA hat die Beschlussvorlage mit einer Änderung in der Begründung vorberaten, nämlich den Museumsbeirat vorerst nicht mit zu betrachten. Der SOA hat eine Änderung in der Begründung zum Thema Museumsbeirat vorgenommen und zwar *die Prüfung* der Aufhebung des Museumsbeirates, erläutert OB Voigt.

OB Voigt erteilt Herrn Dr. Winzeler, Direktor der Städtischen Museen, das Rederecht. Hierzu besteht kein Widerspruch.

Herr Dr. Winzeler erklärt, dass die Städtischen Museen Zittau der Bildung eines neuen Beirates für Kultur und Tourismus unter Einbeziehung des Museumsbeirates bzw. dessen Aufgaben positiv gegenüberstehen. Er persönlich ist natürlich für die Arbeit des Museumsbeirates sehr dankbar, denn er hat in der Vergangenheit sehr wesentlich zur Stärkung der Städtischen Museen beigetragen und wichtige Weichenstellungen vorbereitet. Er denkt, dass es für die weitere Sicherung von Bedeutung und Aufstellung der Museen ganz wichtig ist, noch stärker die enge Verzahnung der Bereiche Kultur und Tourismus hervorzuheben und dass dies auch perspektivisch eher noch an Bedeutung gewinnt, wenn man die Interessen und Ideen bündelt.

Ein Beirat in dem die Bereiche Museum mit Kultur und Tourismus und Stadtmarketing vereint sind, könnte die Entwicklung gemeinsamer Strategien und Entwicklungsszenarien begünstigen.

Aus Sicht der Museen ist aber natürlich auch zu bedenken, dass ein neuer vereinter Beirat nur handlungsfähig sein wird oder die Interessen vertreten kann, wenn seine Größe übersichtlich bleibt, trotz dieser weiten Sachbereiche und dass natürlich das Museum weiterhin durch eine gesicherte Anzahl von fachkundigen Bürgern, zum Beispiel aus dem Förderverein, vertreten wird. Zudem erscheint es ihm wichtig, dass, vor einer Aufhebung des erst kürzlich neubestellten Museumsbeirates, dieser sich konstituieren kann und auch in einer Sitzung über die Frage nach der weiteren Ausrichtung des Beirates gesprochen werden kann.

Stadtrat Johne informiert, dass bereits im VFA darüber gesprochen wurde. Er hatte im Vorfeld auch mit Dr. Winzeler gesprochen. Das Problem ist, dass der Museumsbeirat gewählt worden ist und bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird, sollte dieser angehört werden. Was dabei generell noch zu bedenken ist, dass ein Beirat auch mit von den berufenen Bürgern lebt. Dies ist ja auch so gewollt. Die Problematik dabei ist, dass, wenn er zu breit aufgestellt wird, sind eventuell die Bürger, die da sitzen, mit dem Problem, was beraten wird, nicht befasst. Die berufenen Bürger stehen für eine ganz bestimmte Richtung. Deswegen sollte genau geprüft werden, ob wir Bürger dafür finden. Wichtig ist dieser, aber es sollte auf alle Fälle die Auflösung des Museumsbeirates geprüft werden. Er schlägt vor, die Entscheidung heute nicht zu treffen, sondern als 1. Lesung dies zu betrachten und im nächsten Stadtrat darüber erneut zu beraten.

OB Voigt nimmt es als Antrag auf Zurückverweisung auf.

Stadtrat Zenker hat ebenfalls intensiv mit Herrn Dr. Winzeler darüber gesprochen. Zwei Dinge findet er wichtig. Erstens, dass man endlich einen Beirat, der in diesem Bereich arbeitet, hat. Gut findet man es auch, dass Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit sich in einem Beirat niederschlagen. Außerdem würden wir beschließen, einen Beirat für Kultur und Tourismus. Was sich darunter versammelt, ist nicht wirklich im Beschluss beinhaltet, sondern nur in der Begründung. Wir beschließen aber den Beschlusstext. Wenn er Dr. Winzeler richtig verstanden hat, dann möchte er gern diesen Beirat, um genau diese Vernetzung herzustellen und dann muss es seine Aufgabe sein, genau wie die der anderen Vertreter dort, die richtigen berufenen Bürger zu animieren, dort mit zu arbeiten. Deshalb würde er dafür plädieren, heute noch diese Entscheidung zu fällen, damit diese wichtige Zusammenstellung recht schnell erfolgen kann.

Stadtrat Mannschott schließt sich der Meinung von Stadtrat Johne an, dass man erst den Museumsbeirat anhören sollte. Er kann sich auch vorstellen, dass zwei Beiräte nebeneinander existieren könnten. Er unterstützt die Zurückverweisung.

Stadtrat Zimmermann erklärt, dass es nicht notwendig ist, dies in erster Lesung oder auf Zurückverweisung zu deklarieren. Wenn man sich den Beschlusstext durchliest, dann wird der Oberbürgermeister bis 30.04.2015 beauftragt, die Vorbereitung zur Bildung eines Beirates zu treffen. Bis zu dieser Vorbereitung kann der Museumsbeirat sich konstituieren, kann er darüber beraten, ob die Aufgaben des Museumsbeirates mit in den künftigen Kultur- und Tourismusbeirat integriert werden oder nicht. Der Oberbürgermeister wird dann dem Stadtrat die Zusammensetzung des Beirates Kultur und Tourismus vorlegen. Wir können den Beschluss heute so fassen, das schadet überhaupt nicht.

Stadträtin Hannemann bestätigt, dass es ein Grundsatzbeschluss ist und sie bittet darum, dass heute dieser Beschluss gefasst wird.

Stadtrat Johne erklärt, dass Stadtrat Zimmermann Recht hat und rein von der Sache her, kann der Beschluss gefasst werden. Er zieht daher seinen Antrag zurück.

Stadtrat Thöricht verweist auf die Änderung des Verwaltungs-und Finanzausschusses hin. Dort wurde beantragt, dass bei der Begründung im letzten Absatz der Punkt „Aufhebung des Museumsbeirates“ gestrichen wird. Er bittet darum, den Museumsbeirat zu belassen, um ihn auch anzuhören.

Stadtrat Thiele hatte sich bereits ebenfalls wie Stadtrat Johne im Verwaltungsausschuss geäußert, dass er es nicht für sinnvoll hält, dass der Museumsbeirat hier mit integriert wird. Das sind engagierte Leute, die dort mitarbeiten und über Jahre sich Fachwissen angeeignet haben. Er glaubt, dass es nicht zusammen passt. Nichtsdestotrotz kann man doch ein bis zwei Mal im Jahr zwei Veranstaltungen planen, wo dann alle zusammen sind.

Stadtrat Johne, Oliver möchte eine Klärung darüber, welcher Text jetzt beschlossen werden soll. Bereits im Sozialausschuss ist der Text ebenfalls in der Begründung verändert worden und zwar, dass die Aufhebung des Museumsbeirat geprüft werden soll.

OB Voigt liest aus den Protokollen des VFA und SOA vor. Im Sozialausschuss wurde in der Begründung im Absatz die *Prüfung* der Aufhebung des Museumsbeirates empfohlen. Der VFA hat die Streichung dieses Absatzes empfohlen.

Stadtrat Dr. Kurze hat eine Nachfrage zum grundsätzlichen Verfahren. Wenn ein Beschlussantrag im Geschäftsgang ist, ist es überhaupt zulässig, dass in den einzelnen Ausschüssen die Beschlüsse sowohl von der Begründung, wie auch vom Beschlussantragstext geändert werden. Nach seinem Dafürhalten müssten es separate Anträge sein, die im Stadtrat behandelt werden müssen. Es kann doch nicht einfach ein Ausschuss den Beschlussantrag ändern.

Der Ausschuss kann sich seine eigene Meinung bilden, antwortet OB Voigt. Er kann die Vorlage ändern mit der Bitte, der Stadtrat möge darüber abstimmen. Hier gibt es eine Formulierungsänderung des VFA im Begründungstext sowie eine aus dem Sozialausschuss.

Herr Schiermeyer ergänzt. Der Ausschuss als solcher kann natürlich die Vorlage nicht ändern. Dies muss im Prozess im Stadtrat abgehandelt werden.

OB Voigt lässt über die Variante des Sozialausschusses abstimmen:

- Prüfung der Aufhebung des Museumsbeirates

Mit 26:0:1 ist diese Variante angenommen. Damit wird der Text in der Begründung so geändert, erklärt OB Voigt. Der Formulierungsvorschlag des VFA hat sich damit erledigt.

Es gibt kein Diskussionsbedarf mehr und OB Voigt lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beauftragt den Oberbürgermeister bis 30.04.2015 die Vorbereitungen zur Bildung eines Beirates „Kultur und Tourismus“ zu treffen.

Abstimmung:

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.

20. Tagesordnungspunkt

Beschluss: Marktplatz Zittau für Wochenmarkt wieder freizugeben
Vorlage: 012/2015

Der VFA stimmte mit 13:0:0 und der TVA mit 8:0:0 der Vorlage zu, erklärt OB Voigt

Stadtrat Thöricht nimmt die Erläuterungen zur Beschlussvorlage vor.

Es wurden Gespräche mit den Menschen geführt, die den Handel auf dem Marktplatz betreiben, ob sie dies wollen. Stadtrat Bruns hat am 13. Januar mit allen Händlern gesprochen und ob sie mit ihrer Unterschrift bekunden, unseren gemeinsamen Antrag zu unterstützen. Dies haben sie getan und zwar alle Händler. Er übergibt die Unterschriftenliste an Herrn OB Voigt und bittet um Zustimmung zur Vorlage.

Es besteht kein Diskussionsbedarf und OB Voigt lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt beschließt, dass der Marktplatz Zittau, mit Ausnahme des Bauabschnittes Südseite Markt, ab Februar 2015 bis zum Beginn der weiteren Baumaßnahmen für den jeweils mittwochs stattfindenden Wochenmarkt zur Verfügung steht.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie der Wochenmarkt nach Beginn der Baumaßnahmen schnellstmöglich wieder dauerhaft auf dem Markt etabliert werden kann. Über das Ergebnis wird der Stadtrat zeitnah unterrichtet.

Abstimmung:

**Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

Stadtrat Dr. Kurze sagt nach der Abstimmung, dass er eigentlich einen Antrag dazu stellen wollte. Es geht ihm darum, dass der Markt für den Wochenmarkt wieder frei gegeben wird, das ist völlig in Ordnung, aber während der anderen Zeiten in der Woche ist der Markt gesperrt. Auf dem Markt befinden sich auch andere Händler. Eine Anfrage aus der Stadtapotheke zeigt, dass dort keine Leute mehr hinkommen, weil keiner mehr hinfahren kann. Dann muss man doch nicht nur den Wochenmarkt frei geben, sondern man müsste die Zufahrt zu den Händlern auch frei geben. Er bittet um Klärung.

Herr Höhne antwortet darauf. Die Freigabe für den Wochenmarkt und eine Verkehrsfreigabe des Marktes sind zwei verschiedene Sachen. Über die zukünftige Verkehrsgestaltung auf dem Markt hat der Stadtrat noch nicht abgestimmt, deswegen gibt es die Verfahrensweise, den Markt jetzt weiter gesperrt zu lassen. Die Nordseite wird mit Baubeginn auf der Südseite eventuell frei gegeben. Spätestens im März wird eine Vorlage zur zukünftigen Verkehrsgestaltung auf dem Markt in den Geschäftsgang des Stadtrates kommen.

Herr Mauermann ergänzt. Mit der heutigen Zustimmung wird der Teil des Wochenmarktes von der Neustadt bereits ab nächster Woche Mittwoch sich wieder auf dem Marktplatz befinden. Wir prüfen über den Beschluss hinaus, in Abhängigkeit vom Bauablauf und der möglichen Inbetriebnahme des Platzes für den Verkehr, ob wir mit Beginn der Baumaßnahmen den Wochenmarkt auf dem Marktplatz belassen können.

21. Tagesordnungspunkt

**Beschluss über die Einrichtung einer Fraktionsseite im Zittauer Stadtanzeiger
Vorlage: 007/2015**

Der Beschlussvorschlag ist von der Tagesordnung zurückgezogen.

22. Tagesordnungspunkt

**Beschluss zum Eintrag in das Goldene Buch des Sports der Großen Kreisstadt Zittau
Vorlage: 019/2015**

Herr Mauermann nimmt die Erläuterungen zur Beschlussvorlage vor. Im Sportbeirat und im Sozialausschuss ist der Antrag der HSG Turbine Zittau positiv beschieden worden. Bei positiver Zustimmung durch den heutigen Stadtrat wird die Auszeichnung bereits im Februar im Stadtrat stattfinden.

Es besteht kein Diskussionsbedarf und OB Voigt stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt, dass sich in Anerkennung der hervorragenden Leistungen bei den Weltmeisterschaften, Europameisterschaften und Deutschen Meisterschaften die Sportfreundinnen und Sportfreunde der HSG Turbine Zittau:

Hiltscher, Ulrike
Rücker, Werner
Henschke, Hilke
Bühler, Rudolf
Rückert, Conny (Team)
Wolf, Carola (Team)
Prochaska, Katrin (Team)

in das Goldene Buch des Sports der Großen Kreisstadt Zittau eintragen dürfen.

Abstimmung:

**Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

23. Tagesordnungspunkt
Beschluss über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnliche
Z u w e n d u n g e n
Vorlage: 006/2015

Frau Buch nimmt die Erläuterungen zur Beschlussvorlage vor.
In den Stadtratsmappen liegt heute eine Ergänzung der Tabelle zur Annahme von Objektschenkungen. Diese Objektschenkungen sind leider jetzt erst bekannt geworden. Da Herr Dr. Winzeler bereits am 22. Februar diese Werke von Frau Ursula Sachs im Rahmen einer Sonderausstellung präsentieren möchte bittet Frau Buch, auch die heutigen Ergänzungen zu beschließen.

Es besteht kein Diskussionsbedarf und OB Voigt stellt die Beschlussvorlage mit den heutigen Ergänzungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt die *Annahmen / Vermittlung* der in der Anlage aufgeführten Zuwendungen.

Abstimmung:

**Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

24. Tagesordnungspunkt
Informationsvorlage zur nachträglichen Anerkennung von geleisteten Arbeitsstunden bei
der Freiwilligen Feuerwehr der Großen Kreisstadt Zittau
Vorlage: 005/2015

Herr Mauermann nimmt die Erläuterungen vor.
Letztes Jahr im Sommer war der Landesrechnungshof in der Stadtverwaltung Zittau. Er hat festgestellt, dass für einen Vorgang, der fast 10 Jahre zurückliegt, eine Dienstvereinbarung, die geschlossen worden ist, zur Anrechnung von geleisteten Stunden bei der Feuerwehr, nicht die entsprechende Verlängerung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Personalrat erfahren hat, wie sie hätte erfahren müssen. In der Stadtverwaltung Zittau wurde über viele Jahre verkürzt in der Verwaltung arbeiten gegangen. Die Kollegen haben in der Verwaltung auf 10 % ihres Gehaltes verzichtet. Dasselbe traf über viele Jahre bei der Feuerwehr zu nur mit dem Unterschied, dass die Kameraden der Feuerwehr 100 % gearbeitet haben und freiwillig auf 10 % Lohn verzichtet haben. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass wir eine sehr geringe Schichtstärke an der unteren Grenze der Zulässigkeit fahren. Die geleisteten Mehrstunden der Feuerwehr wurden ohne Bezahlung addiert und auf ein Summenkonto geschrieben mit der Maßgabe, dass man diese zum gegebenen Zeitpunkt insbesondere vor Renteneintritt oder Ausscheiden aus der Stadtverwaltung Zittau ableistet. Diese Variante ist verlängert worden, ohne dass die Dienstvereinbarungsdeckung

da war. Dies hat der Landesrechnungshof festgestellt. In seinen Schlussfolgerungen hat er uns aufgegeben, den Stadtrat über diesen Vorgang zu informieren.

Frau Hannemann möchte gern den Personalrat dazu anhören.

OB Voigt erteilt das Rederecht an Frau Brandt. Hierzu besteht kein Widerspruch.

Frau Brandt antwortet. Zum damaligen Zeitpunkt war sie noch nicht Vorsitzende des Personalrates. Aus den Unterlagen geht hervor und kann sie mitteilen, dass diese Vereinbarung im Einvernehmen geschlossen wurde. Die Beschäftigten der Feuerwehr haben die Leistungen erbracht. Aus welchen Gründen die Nichtweiterführung dieser Dienstvereinbarung erfolgt ist, dazu kann man jetzt keine Auskunft geben. Natürlich ist die Arbeit von den Beschäftigten geleistet worden und es ist auch im Interesse des Personalrates, dass diese Dienstvereinbarung so weiter umgesetzt wurde und wird.

Herr Mauermann ergänzt. Die geleisteten Mehrstunden sind bei den Kameraden unterschiedlich, sie sind zwischen 5 und 6 Monaten. Das heißt, wenn, ein Ausscheiden aus der Verwaltung zum Beispiel durch Rente ansteht, können die Kameraden ein halbes Jahr eher in bezahlte Rente gehen. Dieses Modell gibt es auch in anderen Städten.

Stadtrat Zabel fragt nach: Das eine ist die bezahlte Freistellung zu dem Zeitpunkt. Wie ist das mit dem Ersatz der Person? Findet dies zum selben Zeitpunkt statt, und geht man von einer freien Stelle aus, die gleichzeitig wieder besetzt wird?

Herr Mauermann antwortet. Der Zeitraum, der hier in Anspruch genommen wird, liegt noch weit von uns weg. Die ersten Kameraden gehen 2022, wo es zutrifft. Fakt ist, wenn man die momentanen Schichtstärken für die Aufgaben in den nächsten Jahren beibehält, dann wäre eine Ausbildung und Anstellung mit Ausscheiden des Kameraden erforderlich.

Stadtrat Dr. Harbarth glaubt, dass Herr Mauermann die Aufgabe des Landesrechnungshofes erfüllt hat. Er fühlt sich informiert und mehr war dazu nicht notwendig. Er hat die Bitte an Herrn Mauermann, dass er den Kameraden der Feuerwehr die Dankbarkeit übermittelt, dass sie so etwas getan haben und es noch tun.

25. Tagesordnungspunkt
Information zum Stand Antragstellung Bund-Länder-Programm "Städtebaulicher Denkmalschutz"
Programmjahr 2015-Fortsetzungsantrag
Vorlage: 008/2015

Frau Kaiser nimmt die Erläuterungen zu den Tagesordnungspunkten 25 bis 28 vor. In den Ausschüssen sind sehr intensiv diese Informationsvorlagen diskutiert worden. Dort wurde auch dargestellt, in welcher „Zwickmühle“ sich die Stadt Zittau befindet, aufgrund der zeitlichen Situation. Die Stadt Zittau muss die Antragstellungstermine einhalten. In 10 Tagen wird der Oberbürgermeister die Anträge unterschreiben, damit sie form- und fristgerecht eingereicht werden können, mit den Zahlen, so wie sie in den Unterlagen vorliegen. Mit dem Antrag wird ein Anschreiben rausgehen, worin darauf hingewiesen wird, dass es vorbehaltlich der Zustimmung des städtischen Haushaltes erfolgt. Die Aufgabe wird dann sein, auf der Grundlage unseres Haushaltes gemeindewirtschaftliche Stellungnahmen für die einzelnen Punkte zu erlangen. Wenn diese gemeindewirtschaftlichen Stellungnahmen nicht erlangt werden, fällt dieses ganze System wie ein Kartenhaus zusammen.

26. Tagesordnungspunkt
Information zum Stand der Antragstellung Bund-Länder-Programm "Stadtumbau Ost"
Programmjahr 2015-Fortsetzungsantrag
Vorlage: 009/2015

Die Information ist zur Kenntnis genommen.

27. Tagesordnungspunkt
Information zur Antragstellung Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" Programmjahr
2 0 1 5 - F o r t s e t z u n g s b e r i c h t
Vorlage: 010/2015

Die Information ist zur Kenntnis genommen.

28. Tagesordnungspunkt
Information zur Antragstellung Bund-Länder-Programm "Städtebauliche Erneuerung"
Programmjahr **2015-Fortsetzungsbericht**
Vorlage: 011/2015

Die Information ist zur Kenntnis genommen.

29. Tagesordnungspunkt

Anfragen der Stadträte

29.1. Tagesordnungspunkt
Stadtrat Thöricht

Stadtrat Thöricht bittet um eine Information, wie weit die Durchsetzung des Schadensersatzes in Bezug auf die verschobene Stadtratswahl 2014 wegen Meineides von AfD-Mitgliedern bzw. -Anhängern ist? Am 15. Januar 2015 fasst der Verwaltungs- und Finanzausschuss (VFA) den Beschluss, Herrn Matthey zum Referatsleiter des Referats Stadtplanung zu ernennen. Bereits davor stand er als Referatsleiter auf der Internetseite der Stadt. War der Beschluss des VFA überflüssig bzw. wer hat auf wessen Anordnung und auf welcher rechtlichen Grundlage die Eintragung auf der Internetseite der Stadt vorgenommen?

Herr Schiermeyer antwortet. Leider gibt es von der AfD keine Reaktion. Im Herbst wurde der Schadensanspruch schriftlich geltend gemacht. Eine Antwort gibt es nicht. Wir müssen jetzt überlegen, ob wir gerichtliche Schritte gehen.

Die zweite Frage wird schriftlich beantwortet, erklärt OB Voigt.

29.2. Tagesordnungspunkt
Stadtrat Thiele

Stadtrat Thiele hatte bereits mehrfach danach gefragt und möchte heute wieder anfragen, ob es nicht möglich ist, eine mobile Ampelanlage an der Kreuzung Eisenbahnstraße/Bergstraße/Tongasse aufstellen zu können. Es wurde zwar immer wieder gesagt, dass es eine Frage des Geldes ist, aber hier ist das Geld für ihn zweitrangig. Die Bürger sind hier sehr stark betroffen. Vielleicht sollte noch einmal darüber nachgedacht werden.

Er möchte gern eine schriftliche Antwort.

29.3. Tagesordnungspunkt
Stadtrat Zimmermann

Stadtrat Zimmermann erinnert an den heute vorgetragenen Vortrag von den Studenten der IHI. Darin wurde unter anderem gesagt, dass 80 Prozent der Befragten sich für einen parkfreien Markt ausgesprochen hätten. Diese Situation gab es schon einmal. Er würde sich als Stadtrat nicht

zutrauen wollen, darüber alleine zu entscheiden. Da es eine Sache ist, die ganz viele Leute betrifft und interessiert. Die Frage an den Oberbürgermeister: Besteht nicht die Möglichkeit im nächsten Ältestenrat oder der nächsten Sitzung mit den Fraktionsvorsitzenden sich darüber abzustimmen, ob wir nicht über das Parken auf dem Markt einen Bürgerentscheid herbeiführen sollten. Dies könnte bedeuten, dass mit zwei Drittel des Stadtrates, der Stadtrat beschließt, einen Bürgerentscheid herbeiführt. Es wäre naheliegend, dass mit der Oberbürgermeister- und Landratswahl in diesem Jahr zu verbinden. Er bittet dies mit zunehmen und zu prüfen.

OB Voigt wird dies aufnehmen und im Ältestenrat diskutieren.

29.4. Tagesordnungspunkt Stadtrat Johne

Stadtrat Johne bedankt sich zunächst für die Ausbesserung der Fußwege im Weinaugebiet. Auf ein anderes Problem möchte er hinweisen. Der Fußweg an der Weinauallee runter ist schlecht beleuchtet und der Asphalt ist mittlerweile ein Sturzacker geworden. Dort müsste perspektivisch die Beleuchtung verbessert und der Asphalt auf dem Weg ausgebessert werden. Vor längerer Zeit hatte er auf ein Problem hingewiesen, dass der Weg vom Kreisarchiv zur Kantstraße sehr finster ist. Er bittet um Prüfung, ob hier eine Veränderung möglich ist und eine Beleuchtung hinkommt.

Herr Höhne hat es sich notiert.

29.5. Tagesordnungspunkt Stadtrat Glaubitz

Stadtrat Glaubitz fragt: Wer für das Flurstück zwischen McDonald's und dem Westpark-Center verantwortlich ist? Er hat Anfragen von Bürgern bekommen, es wäre wohl seit der Eröffnung von McDonald's sehr stark verschmutzt. Es ist klar bei dem Müll zu erkennen, woher dieser kommt. Deshalb die Frage: Wer ist für die Reinigung dieses Flurstücks zuständig?

Bei der zweiten Fragen geht es um die Äußere Oybiner Straße, um den überbauten Goldbach, der einmal ein Fußweg war und jetzt nicht mehr ist. Wie ist dort der Stand zur Sanierung oder in welchem Zeitraum ist mit einer Veränderung dort zu rechnen?

Herr Höhne antwortet: Das Problem zu dem bezeichneten Flurstück ist heute besprochen worden. Für die Reinigung ist die Stadt Zittau verantwortlich. Wir haben dort im Moment ein erhöhtes Reinigungsaufkommen durch die Städtische Dienstleistungsgesellschaft. Frau Heymann wird in einem anstehenden Gespräch mit der Geschäftsleitung von McDonald's das Thema besprechen. Zum nicht mehr vorhandenen Fußweg über den Goldbach: Dieser ist im Haushaltsplan 2015 als Maßnahme drin.

29.6. Tagesordnungspunkt Stadträtin Hannemann

Stadträtin Hannemann fragt: Wie ist es perspektivisch in der Stadtverwaltung mit Auszubildenden weiter geplant?

Herr Mauermann antwortet. Wir werden dieses Jahr seit längerer Zeit erstmalig keine Auszubildenden nehmen. Dies ist dann auch im Stellenplan ersichtlich. In den darauffolgenden Jahren wird es wieder umfanglicher getan. Es gibt umfangreiche Gespräche mit den Kollegen bis zum Geburtsjahr 1956, wann und wie sie ihr Arbeitsende planen. Aus diesen Gesprächen heraus hat sich ergeben, dass wir jetzt eine kleinere Lücke haben. Wir müssen überlegen, wie wir die jungen Leute, die momentan in der Ausbildung sind, innerhalb der Stadtverwaltung Zittau ordentlich beschäftigen können. Ab 2016 werden wir dann beginnen, in verschiedene Ausbildungsrichtungen weiter auszubilden.

**29.7. Tagesordnungspunkt
Stadtrat Zenker**

Stadtrat Zenker fragt zur Straßenbeleuchtung und die damit zusammenhängende Anbindung der Ortschaft Hartau an die Stadt an. Wenn man von Zittau kommend durch die schöne hell erleuchtete Südstraße fährt, fällt es jetzt noch deutlicher auf, wie schwierig es ist, im Dunkeln ohne Fußgängerweg bis nach Hartau zu gelangen. Gibt es Pläne, dass dahingehend eine Änderung stattfindet?

Herr Höhne erklärt, dass im aktuellen Haushaltsplan nichts dafür vorgesehen ist.

**29.8. Tagesordnungspunkt
Stadtrat Böhm**

Stadtrat Böhm möchte eine Anfrage aus der letzten Legislaturperiode wiederholen. Er hatte im Sommer gefragt, ob es möglich wäre, in der Dornspachstraße einen Fußweg von der Leipziger Straße in Richtung Arztpraxis anzulegen. Ihm hatte ein Bürger aus der Hausnummer 37 angesprochen. Dort ist eine Einengung der Fahrbahn und da es keinen Fußweg gibt, kommt es regelmäßig zu brenzligen Situationen, da sich die Autofahrer auch nicht an die vorgeschriebenen Tempo 30 halten. Warum ist das Tempo-30-Zonenschild ca. 50 Meter von der Kreuzung Leipziger Straße zurückgesetzt worden und nicht direkt an der Ecke?

Herr Höhne wird dies schriftlich beantworten.

**29.9. Tagesordnungspunkt
Stadtrat Zimmermann**

Stadtrat Zimmermann hätte gern eine schriftliche Antwort darüber, welche Bundestags- und Landtagsabgeordneten in diesem Jahr zum Neujahrsempfang der Stadt Zittau eingeladen wurden.

OB Voigt bestätigt eine schriftliche Antwort.

Arnd Voigt
Oberbürgermeister

Dietrich Glaubitz
Stadträtin/Stadtrat

Thomas Schwitzky
Stadträtin/Stadtrat

Simone Weichenhain
Schriftführerin